

Germany-Cologne: Government services

OJ S 70/2023 07/04/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice

Postal address: Freimersdorfer Weg 6

Town: Köln

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Postal code: 50829

Country: Germany

E-mail: vergabe@beitragsservice.de

Fax: +49 22150612801

Internet address(es):

Main address: https://www.rundfunkbeitrag.de/der_rundfunkbeitrag/beitragsservice/ausschreibungen/index_ger.html

Address of the buyer profile: <https://www.dtv.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMWYWTZEX5WA/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMWYWTZEX5WA>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten

I.5. Main activity

Other activity: Einzug des Rundfunkbeitrags

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Reorganisation Posteingang - Dienstleistungen zur Postöffnung und -sortierung

Reference number: BW 09/21

II.1.2. Main CPV code

75131000 Government services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Auftraggeber sind die in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und das Deutschlandradio (DR), vertreten durch die Geschäftsführung des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio (nachfolgend "Beitragsservice" oder "Auftraggeber" genannt).

Der Beitragsservice beabsichtigt, einen Dienstleistungsvertrag zur Erbringung von Teilleistungen in der Posteingangsverarbeitung in den Räumlichkeiten des Auftraggebers zu schließen. Die Auslagerung betrifft die Öffnung und Vorsortierung des Posteingangs, um das anfallende Schriftgut entsprechend des vereinbarten Service Levels der Sachbearbeitung zuzuführen. Die weitere Bearbeitung der Dokumente und deren Inhalte sind nicht Bestandteil der Auslagerung.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

75130000 Supporting services for the government

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEA23 Köln, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice Freimersdorfer Weg 6 50829 Köln

II.2.4. Description of the procurement

Auftraggeber sind die in der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) zusammengeschlossenen öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) und das Deutschlandradio (DR), vertreten durch die Geschäftsführung des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio (nachfolgend "Beitragsservice" oder "Auftraggeber" genannt).

Der Beitragsservice beabsichtigt, einen Dienstleistungsvertrag zur Erbringung von Teilleistungen in der Posteingangsverarbeitung in den Räumlichkeiten des Auftraggebers zu schließen. Die Auslagerung betrifft die Öffnung und Vorsortierung des Posteingangs, um das anfallende Schriftgut entsprechend des vereinbarten Service Levels der Sachbearbeitung zuzuführen. Die weitere Bearbeitung der Dokumente und deren Inhalte sind nicht Bestandteil der Auslagerung.

Die mit dieser Zielsetzung zu beschaffende Leistung umfasst im Wesentlichen

1. die Entgegennahme von Poststücken als Arbeitsvorrat für das Personal des Auftragnehmers;
2. die Verteilung des Arbeitsvorrats auf die Mitarbeitenden;
3. die Öffnung und Vorbereitung der Poststücke für das spätere Scannen;
4. die Vorsortierung der Poststücke in Vorgangsarten nach den Vorgaben des Auftraggebers;
5. die Sicherstellung der erforderlichen Qualität, z.B. durch Kontrollverfahren und Abstimmung mit dem Auftraggeber;
6. die Bereitstellung von Daten zur Abrechnung der erbrachten Leistung;
7. die Bereitstellung und den Betrieb der Arbeitsmittel für das eigene Personal;
8. die Ausbildung des Personals.

Es ist beabsichtigt, mit dem wirtschaftlichsten Bieter einen Dienstleistungsvertrag mit einer Festlaufzeit von 2 Jahren ab Leistungserbringung (voraussichtlich ab dem 01.07.2024 oder früher) zu schließen. Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande.

Daneben erhält der Beitragsservice die Möglichkeit zur zweimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr. Der Beitragsservice ist nicht zur Ausübung der Verlängerungsoptionen verpflichtet. Der Auftraggeber stellt ausschließlich hierfür einen Raum mit (Stark-) Strom, Licht, Heizung, Datennetz, Einlass sowie Pausenräume, sanitäre Anlagen, Meetingräume nach Vorankündigung und Transportbehältnisse und -wagen für den internen Transport zur Verfügung. Der vorgesehene Raum wird ausschließlich vom Auftragnehmer genutzt.

Jeder Bieter hat die Möglichkeit, vor Abgabe des Erstangebots an einem vom Beitragsservice angebotenen Ortstermin teilzunehmen. Die Ortstermine werden von Mitte bis Ende Juni 2023 stattfinden. Jeder ausgewählte Bieter erhält eine separate Einladung zum Ortstermin. Die Wahrnehmung des vom Beitragsservice angebotenen Ortstermin ist nicht verpflichtend.

Der Auftragnehmer hat unter Beachtung des nachstehend beschriebenen Service Level eine taggenaue Bearbeitung des zur Verfügung gestellten Posteingangs sicher zu stellen. Da die Leistung des Auftragnehmers in die Geschäftsprozesse des Beitragsservice eingebettet ist, müssen die folgenden Rahmendaten berücksichtigt werden:

- Anlieferung der Post und Verteilung auf die Teams ca. um 6:30 und um 9:00 Uhr;
- Post aus Sonderfällen (Großbriefe, Pakete) wird in der Regel im Laufe des Vormittags von Post- und Paketdienstleistern bereitgestellt;
- Übergabe der aufbereiteten Poststücke an den Auftraggeber voraussichtlich um 10:00, 12:00 und 14:00 Uhr.

Eine Änderung der Zeiten, zu denen die Poststücke angeliefert werden, kann jederzeit durch Post- und/oder Paketdienstleister erfolgen und ist während der Vertragslaufzeit daher auch vom zukünftigen Auftragnehmer zu beachten.

Soweit die arbeitstäglich zur Verfügung gestellten Posteingangsmengen nicht tag-genau bearbeitet werden können, ist die Bearbeitung für den folgenden Arbeitstag einzuplanen und durchzuführen.

Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Termine an jedem Arbeitstag zu gewährleisten, sofern die Schwankungen im Posteingang im Rahmen des vom Beitragsservice in den Vergabeunterlagen (insbesondere in Teil B. Leistungsbeschreibung) beschriebenen Bereichs liegen. Die Termine gelten als eingehalten, wenn mindestens 95% der übergebenen Schwingen des jeweiligen Tages verarbeitet sind. Zudem ist im Rahmen einer Qualitätssicherung sicherzustellen, dass 95% der täglich verarbeiteten Poststücke qualitativ korrekt verarbeitet werden.

Soweit die tatsächlich eingehende Post dies zulässt, wird aktuell mit folgenden durchschnittlichen täglichen Mengen für die zu erbringende Dienstleistung gerechnet:

- 60 Schwingen normaler Post mit ca. 500 Poststücken und
- 10 Schwingen mit Großbriefen mit ca. 100 Poststücken und
- 1 Schwinde mit ca. 100 umfangreichen Poststücken, z.B. Briefe mit mehreren Anlagen.

Aus dem Posteingang des Jahres 2022 errechnet sich ein Volumen von 16.243 Schwingen entsprechend 7.114.892 Vorgängen, die vom Auftragnehmer im Jahr 2022 zu bearbeiten gewesen wären.

Der Beitragsservice erwartet deshalb die folgenden Mengen als Auftragsvolumen für den Auftragnehmer:

Mindestmenge: 10.000 Schwingen p.a.

Höchstmenge: 20.000 Schwingen p.a.

Der Beitragsservice garantiert die vorgenannte Mindestmenge von 10.000 Schwingen pro Kalenderjahr.

Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs schreibt der Beitragsservice vorliegend die vorgenannte Höchstmenge von 20.000 Schwingen pro Kalenderjahr aus. Es handelt hierbei aber um eine Schätzung, die auf den aktuellen Werten beruht. Diese Höchstmenge wird dem Auftragnehmer daher nicht garantiert. Weitere Einzelheiten zu den ausgeschriebenen Leistungen sind in den Vergabeunterlagen (insbesondere Teil B. "Leistungsbeschreibung") enthalten, die die geeigneten Bieter nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs mit der Aufforderung zur Abgabe des Erstantgebots erhalten.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 24

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Es ist beabsichtigt, mit dem wirtschaftlichsten Bieter einen Dienstleistungsvertrag mit einer Festlaufzeit von 2 Jahren ab Leistungserbringung (voraussichtlich ab dem 01.07.2024 oder früher) zu schließen. Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande.

Daneben erhält der Beitragsservice die Möglichkeit zur zweimaligen Verlängerung um jeweils ein Jahr. Der Beitragsservice ist nicht zur Ausübung der Verlängerungsoptionen verpflichtet.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3Maximum number: 5Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Der Beitragsservice behält sich vor, bei einer großen Anzahl von eingegangenen Teilnahmeanträgen den Kreis der Bewerber (Bewerber und Bewerbergemeinschaften werden nachfolgend einheitlich als "Bewerber" bezeichnet) bereits im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs einzuschränken.

Der Beitragsservice wird die Auswahl der Bewerber für das nachfolgende Verhandlungsverfahren so durchführen, dass mindestens drei und maximal fünf Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Diese Auswahlentscheidung wird erforderlich, wenn sich mehr geeignete Bewerber bewerben, als aufgefordert werden sollen.

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, wird auf Basis der nachfolgenden objektiven Kriterien erfolgen:

Der Beitragsservice wird maximal 450 Punkte pro Bewerber vergeben.

Hinweis:

Für den Fall, dass mehr als fünf Bewerber aufgrund gleicher Anzahl Punkte zum eingeschränkten Kreis der Bewerber zählen würden, behält sich die Vergabestelle ausdrücklich vor, den Unternehmensumsatzes für den Bereich "Posteingangsverarbeitung" aus dem Geschäftsjahr 2022 als weiteres Entscheidungskriterium heranzuziehen. Zu diesem Zweck haben die Bewerber den Unternehmensumsatz für den Bereich "Posteingangsverarbeitung" aus dem Geschäftsjahr 2022 in Anlage A9 "Referenzliste" anzugeben.

Bei Punktgleichheit wird derjenige Bewerber, dessen Unternehmen im Geschäftsjahr 2022 einen höheren Unternehmensumsatz für den Bereich "Posteingangsverarbeitung" erzielt hat, zur weiteren Teilnahme am Verhandlungsverfahren ausgewählt.

Referenzbewertung:

Die zur Verfügung stehenden max. 450 Punkte teilen sich wie folgt auf:

- max. 150 Punkte Referenzauftrag 1,
- max. 150 Punkte Referenzauftrag 2,
- max. 150 Punkte Referenzauftrag 3.

Sofern und soweit der Bewerber in seinem Teilnahmeantrag mehr als drei Referenzen benannt haben sollte, wird die Vergabestelle alle angegebenen Referenzaufträge anhand der in dieser Bekanntmachung vorgegebenen Mindestanforderungen bewerten. Im Rahmen der Vergabe der max. 450 Punkte für die angegebenen Referenzen wird die Vergabestelle diejenigen Referenzen des Bewerbers zugrunde legen, welche die vorgegebenen Anforderungen am besten erfüllen und im Rahmen der Bewertung die höchste Punktzahl erzielt haben.

Im Einzelnen orientiert sich die Punktevergabe an folgenden Kriterien:

1. Angabe folgender Unternehmenskennzahlen:

Angabe des Unternehmensumsatzes für den Bereich "Posteingangsverarbeitung" aus dem Geschäftsjahr 2022 in EUR (nur ausschlaggebend, wenn mehr als fünf Bewerber aufgrund gleicher Anzahl Punkte zum eingeschränkten Kreis der Bewerber zählen würden).

2. Referenzbewertung (max. 150 Punkte pro Referenz)

Die zu bewertenden Referenzaufträge müssen die in dieser Bekanntmachung genannten Mindestvoraussetzungen erfüllen, um bewertbar zu sein.

Die vom Bewerber angegebenen und wertbaren Referenzaufträge werden anhand der nachfolgenden Kriterien bewertet:

a) Durchschnittliches jährliches Volumen in der Posteingangsverarbeitung (mindestens 5.000 Postschwingen)?

- mehr als 15.000 Schwingen: 50 Punkte,
- 10.001-15.000 Schwingen: 40 Punkte,
- 7.5001-10.000 Schwingen: 20 Punkte,
- 5.001-7.500 Schwingen: 10 Punkte.

b) Maximales Posteingangsvolumen pro Monat (mindestens 417 Postschwingen)?

- mehr als 1.667 Schwingen: 50 Punkte
- 1.251-1.667 Schwingen: 40 Punkte,
- 834-1.250 Schwingen: 20 Punkte,
- 418-833 Schwingen: 10 Punkte.

c) Durchschnittliche Schwankungsbreite monatlich

- mehr als 20%: 50 Punkte
- mehr als 15%-20%: 40 Punkte,
- mehr als 10%-15%: 20 Punkte,
- 5%-10%: 10 Punkte,
- unter 5%: 0 Punkte.

Es liegt im Interesse der Bewerber, den Beitragsservice in die Lage zu versetzen, die angegebenen Kriterien möglichst umfassend bewerten zu können.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft, der Unterauftragnehmer oder der Eignungsverleiher haben/hat zum Nachweis ihrer/seiner Eignung sämtliche geforderten Eignungsunterlagen mit ihrem/seinem Teilnahmeantrag einzureichen.

Die geforderten Eigenerklärungen, Nachweise und Unterlagen müssen aktuell sein und den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen. Sollten sich während des Verfahrens Änderungen insbesondere an den mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Eigenerklärungen ergeben, ist der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft, verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich über die Änderungen zu informieren und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen abzugeben. Der Auftraggeber ist verpflichtet, diese Änderungen bei der Prüfung der Eignung des Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft, zu berücksichtigen.

Bewerber-/Bietergemeinschaften steht es frei, die in den Anlagen zum Teilnahmeantrag geforderten Eigenerklärungen zum Nachweis ihrer Eignung jeweils entweder

- von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft separat oder
- einheitlich für alle Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft nur vom bevollmächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft vorzulegen.

Beabsichtigt der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft

- die Leistung oder Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftrag) oder
 - für den ausgeschriebenen Auftrag im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle (§ 45 VgV) bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 46 VgV) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (sog. Eignungsleihe),
- so sind die geforderten Eignungsnachweise auch für diese Drittunternehmen einzureichen, soweit dies erforderlich ist (vgl. Teil A. der Teilnahmebroschüre).

Der Beitragsservice behält sich vor, von der Nachforderungsmöglichkeit gemäß § 56 VgV nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch zu machen.

Zum Nachweis seiner/ihrer Befähigung zur Berufsausübung hat der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/der Eignungsverleiher (Anlage A6 der Teilnahmebroschüre) folgende Eigenerklärungen abzugeben:

- a) dass eine Person, deren Verhalten nach § 123 Absatz 3 GWB unserem Unternehmen zuzurechnen ist, oder wir als Unternehmen, nicht wegen einer der in § 123 Absatz 1 GWB aufgezählten bzw. diesen gemäß § 123 Absatz 2 GWB gleichgestellten Straftatbestände rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen uns als Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetztes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist;
- b) dass wir als Unternehmen unseren Verpflichtungen zur ordnungs- und fristgemäßen Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des Staats, in dem wir ansässig sind, regelmäßig nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandkräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. unseren Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass wir uns zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichten haben und zukünftig

ordnungsgemäß nachkommen werden und zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Eigenerklärung keine fälligen Rückstände bestehen;

c) dass wir als Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen haben;

d) dass wir als Unternehmen nicht zahlungsunfähig sind, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat;

(Sofern ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren über das Vermögen des Unternehmens eröffnet wurde oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist, erkläre(n) ich/wir, dass ich /wir zusätzlich aktuelle Nachweise beigelegt habe(n), die meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit belegen.)

e) dass wir als Unternehmen bzw. eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen haben, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt;

f) dass wir als Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen haben die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;

g) dass keine Umstände vorliegen, die einen Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens begründen könnten, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des öffentlichen Auftraggebers bzw. für den öffentlichen Auftraggeber tätige Personen zu beeinträchtigen vermag;

h) dass trotz einer etwaigen Einbeziehung unseres Unternehmens bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens keine Wettbewerbsverzerrung eingetreten ist;

i) dass wir als Unternehmen bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrages die wesentlichen Anforderungen des öffentlichen Auftrages stets ordnungsgemäß und fristgerecht erbracht haben;

j) dass ich/wir im vorliegenden Vergabeverfahren keine unzutreffenden Erklärungen auch in Bezug auf Ausschlussgründe und Eignungsanforderungen abgegeben habe(n) und in der Lage bin/sind, die geforderten Nachweise - soweit erforderlich - zu übermitteln;

k) dass ich/wir als Unternehmen

- nicht versucht habe(n), die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

- nicht versucht habe(n), vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die ich/wir unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte(n),

- nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt haben, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht habe(n), solche Informationen zu übermitteln,

l) dass wir als Unternehmen insbesondere unsere Verpflichtungen zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) und zur Gewährung von Arbeitsbedingungen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfüllen und nicht gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) verstoßen oder verstoßen haben und die Voraussetzungen von § 19 MiLoG, § 21 AEntG bzw. § 21 SchwarzArbG nicht vorliegen, d.h. unser Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG, § 23 AEntG bzw. § 8 ff. SchwarzArbG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden ist;

m) dass wir als Unternehmen in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen sind, sofern dies gesetzlich in dem Staat, in dem wir ansässig sind, vorgeschrieben ist bzw. dass eine

Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach den jeweiligen für unser Unternehmen einschlägigen gesetzlichen Regelungen nicht vorgeschrieben ist;
n) dass unser Unternehmen nicht im Gewerbezentralregister eingetragen ist und gegen unser Unternehmen eine solche Eintragung auch nicht droht;
o) dass wir als Unternehmen bei der Ausführung aller öffentlichen Aufträge und des vorliegend ausgeschriebenen öffentlichen Auftrags die "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" vollumfänglich einhalten und damit alle Verbote und Sanktionen gegenüber Russland korrekt umsetzen.

Der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/der Eignungsverleiher hat außerdem weiterhin zu erklären, dass im Fall des Vorliegens von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ergriffen wurden und erläutert diese in seiner Eigenerklärung (Anlage A6 der Teilnahmebroschüre).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis seiner/ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft/der Eignungsverleiher (Anlage A7 der Teilnahmebroschüre) folgende Eigenerklärungen abzugeben:

Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass ich/wir bzw. mein/unser Unternehmen über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen bzw. im Fall der Zuschlagserteilung eine solche unverzüglich abschließen werden.

Die Versicherung hat mindestens folgende Deckungssummen je Schadensereignis aufzuweisen:

- von EUR 2.000.000,00 pauschal für Personen- und Sachschäden,
- von EUR 3.000.000,00 für Vermögensschäden.

Die Deckungssummen stehen jeweils 2-fach maximiert pro Versicherungsjahr zur Verfügung.

Ich/Wir garantiere(n) bei Vorliegen einer Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. im Fall der Eignungsleihe, dass die bestehende bzw. abzuschließende Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung im Zuschlagsfall auch das konkrete Auftragsverhältnis umfasst.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, einen entsprechenden Nachweis durch Vorlage einer Kopie der Versicherungsurkunde zu erbringen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis seiner/ihrer Fachkunde und Leistungsfähigkeit hat der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/der Eignungsverleiher (Anlage A8 der Teilnahmebroschüre) folgende Eigenerklärungen abzugeben:

a) dass alle für die hier ausgeschriebenen Leistungen eingesetzten Mitarbeiter/innen eine aktuelle Auskunft oder ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis (Ausstellungsdatum liegt nicht mehr als 3 Monate zurück) vorgelegt haben, aus der/dem sich ergibt, dass keine Einträge erfolgt sind, die in einem sachlichen Zusammenhang mit den zukünftigen Arbeitspflichten stehen;

b) dass alle für die hier ausgeschriebenen Leistungen eingesetzten ausländischen Mitarbeiter/innen über eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verfügen;

c) dass alle für die hier ausgeschriebenen Leistungen eingesetzten Mitarbeiter/innen über Kenntnisse der deutschen Sprache gemäß Level C1 verfügen (vgl. <https://www.goethe.de/de/spr/kup/prf/prf/gc1.html>);

d) dass ich/wir im Fall der Zuschlagserteilung bei der Leistungserbringung die jeweils geltenden gesetzlichen Datenschutzregelungen (insbesondere zur Auftragsdatenverarbeitung nach EU-Datenschutzgrundverordnung) während der gesamten Vertragslaufzeit einhalten werde(n).

Referenzen:

Darüber hinaus hat der Bewerber bzw. die Bewerber-/Bietergemeinschaft/der Eignungsverleiher zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit eine Referenzliste vorzulegen, die insbesondere folgende Mindestangaben enthalten muss (Anlage A9 der Teilnahmebroschüre):

Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft/der Eignungsverleiher hat eine Referenzliste mit mindestens 3 Referenzaufträgen vorzulegen, die folgende Mindestanforderungen erfüllt:

- Leistungserbringung des Referenzauftrags muss/musste innerhalb Deutschlands erfolgen;
- Leistungserbringung erfolgt/erfolgte ausschließlich in den Räumlichkeiten des Referenzkunden;

- Referenzauftrag hat/hatte eine Mindestvertragslaufzeit von einem Jahr, bei laufenden Referenzaufträgen muss der Referenzauftrag mindestens bereits ein Jahr bestehen;

- Referenzauftrag über die Erbringung von Dienstleistungen in der Posteingangsverarbeitung mit einem Volumen von mindestens 5.000 Postschwingen pro Jahr.

Die Referenzliste hat pro Referenzauftrag darüber hinaus folgende Mindestangaben zwingend zu enthalten:

- Name und Sitz des Referenzkunden,
- Tätigkeitsfeld des Referenzkunden,
- Ansprechpartner des Referenzkunden (inkl. Kontaktdaten: E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer),
- Angabe des unmittelbaren Vertragspartners des Referenzkunden (Bewerber/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/der Eignungsverleiher),
- Vertragslaufzeit (TT.MM.JJJJ - TT.MM.JJJJ),
- detaillierte Beschreibung der beim Referenzkunden erbrachten Dienstleistung,
- Angabe des monatlichen Posteingangsvolumens,
- Angabe der durchschnittlichen monatlichen Schwankungsbreite in Prozent,
- Angabe der Anzahl der für diese Tätigkeit eingesetzten Mitarbeitenden

Hinweise:

- Neue Vertragsverhältnisse, deren Laufzeit noch nicht begonnen hat, sind nicht als Referenznachweis zugelassen.

- Teilnahmeanträge mit einer unvollständigen Referenzliste (insbesondere fehlende Mindestangaben, wie bspw. fehlende Angabe der Kontaktdaten des Ansprechpartners) können vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

- Es ist nicht ausreichend, wenn der Ansprechpartner des Referenzunternehmens dem Beitragsservice nur auf Anfrage konkret benannt wird, da der Beitragsservice beabsichtigt, die angegebene Referenz zu überprüfen. Im Zweifel hat der Bewerber den Ansprechpartner des Referenzunternehmens zuvor um seine Einwilligung zu bitten, um datenschutzrechtliche Bedenken auszuräumen.

- Werden die Mindestanforderungen nicht erfüllt, wird der Teilnahmeantrag vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Für den Fall, dass mehr als fünf Bewerber (nachfolgend werden Bewerber und Bewerbergemeinschaften einheitlich als "Bewerber" bezeichnet) aufgrund gleicher Anzahl Punkte zum eingeschränkten Kreis der Bewerber zählen würden (vgl. Teil A. der

Teilnahmebroschüre), behält sich die Vergabestelle ausdrücklich vor, den Unternehmensumsatzes für den Bereich "Posteingangsverarbeitung" aus dem Geschäftsjahr 2022 als weiteres Entscheidungskriterium heranzuziehen. Daher hat der Bewerber zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit den Unternehmensumsatz für den Bereich "Posteingangsverarbeitung" aus dem Geschäftsjahr 2022 in seinem Teilnahmeantrag anzugeben (vgl. Anlage A9 der Teilnahmebroschüre).

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 04/05/2023 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 06/06/2023

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Information zum Erhalt weiterführender Unterlagen im Verhandlungsverfahren:
Gemäß § 41 Abs. 3 VgV ist der Beitragsservice vorliegend aufgrund der Schutzwürdigkeit der vertraulichen Informationen nicht verpflichtet, die weiterführenden Unterlagen (bspw. Vergabeunterlagen und Aufforderungen zur Angebotsabgabe) uneingeschränkt und vollständig für einen direkten Zugriff im Sinne des § 41 Abs. 1 VgV zu veröffentlichen. Um die erforderliche Geheimhaltung der vertraulichen Informationen zu gewährleisten, werden die weiterführenden Unterlagen daher nur an Bewerber herausgegeben, die die in Anlage A10 "Geheimhaltungsverpflichtung" enthaltene Geheimhaltungserklärung (mit ihrem Teilnahmeantrag) abgegeben haben.
Weitere Informationen sind den Teilnahme- und Vergabebedingungen zu entnehmen.
Bekanntmachungs-ID: CXS0YMWYWTZEX5WA

VI.4. Procedures for review

VI.4.1.

Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Postal address: Zeughausstraße 2-10

Town: Köln

Postal code: 50667

Country: Germany

E-mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telephone: +49 2211473055

Fax: +49 2211472889

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein Antrag auf Einleitung eines

Nachprüfungsverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegen-über der Vergabestelle gerügt werden;

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden;

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Weitere Einzelheiten hierzu können dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere §§ 160 ff. GWB, entnommen werden. Das GWB kann unter www.gesetze-im-internet.de eingesehen werden.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Postal address: Zeughausstraße 2-10

Town: Köln

Postal code: 50667

Country: Germany

E-mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telephone: +49 2211473055

Fax: +49 2211472889

VI.5. Date of dispatch of this notice

03/04/2023